

tens gegen die zeitliche Dimension seiner Arbeit. Er spricht wiederholt vom 19. Jahrhundert, meint aber konkret „nur“ den Zeitraum von 1803 bis ca. 1855. Das spätere 19. Jahrhundert bleibt bei ihm außen vor, dem Einfluss der „Schmoller-Connection“ (Wolfgang Neugebauer) auf den Archiv- und Forschungsbetrieb in Preußen nach 1870 geht er nicht nach. Deshalb findet auch der erstaunliche Wandel des Franz (von) Löher, 1818 in Paderborn geboren und aktiver Demokrat in den Jahren 1848 bis 1850, zum Leiter des bayerischen Reichsarchivs 1864 keine Berücksichtigung. Der zweite Einwand richtet sich gegen die räumliche Dimension. Wenn die Auswirkungen der Säkularisation auf das preußische Archivwesen im Westen der Monarchie nur an einer einzigen Stelle (S. 67) besprochen werden, dann lässt sich dies mit der vorherrschenden Berliner Perspektive rechtfertigen. Die Verhältnisse in den neugewonnenen Gebieten in Rheinland und Westfalen wirkten aber bis in die 1820er Jahre auch auf Berlin zurück. Der anhaltende Widerstand gegen die beabsichtigte Zentralisierung von Beständen in Berlin erwies sich mittelfristig als erfolgreich; die Bestände kehrten zurück. Es ist zudem nicht vermessen zu behaupten, dass die Durchsetzung des Provenienzprinzips durch die Ordnung der nach 1803 übernommenen Bestände im Westen beschleunigt wurde und z.B. im Staatsarchiv Münster seit den 1830er Jahren gängige Praxis war. Hier wirkte auch Heinrich August Erhard, dessen reformorientierten Aufsatz aus dem Jahre 1836 über Archive als wissenschaftliche Einrichtung Müller zitiert (S. 135), ohne Erhards beruflichen Standort Münster zu nennen. Wenn Müller behauptet, „Erhards Idee eines von der Registratur der Behörden befreiten Archivs erfuhr im 19. Jahrhundert [...] keine Realisierung“ (S. 136), dann stimmt dies für Westfalen nicht. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren Archivalien aus der Zeit vor 1500 zugänglich. Umstritten war der Umgang mit Akten aus der Frühen Neuzeit. Grundsätzlich ist, das wäre eine Lehre aus diesem Buch, das Verhältnis zwischen Berlin und den Provinzen auf dem Gebiet der Archivpolitik neu zu untersuchen und das Eigengewicht der Provinzen zu betonen.

Senden-Bösensell

Wilfried Reininghaus

Niklas *Regenbrecht*, Genealogische Vereinsarbeit zwischen Geschichtspolitik und populärer Forschung. Die Westfälische Gesellschaft für Genealogie und Familienforschung 1920-2000 (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland, Bd. 130). Waxmann, Münster/New York 2019. 320 S., geb., € 34,90.

Genealogen untersuchen die Abstammung von Personen. Bei der Untersuchung der eigenen oder der familiären Herkunft steht dahinter wohl häufig die Hoffnung, in detektivischer Arbeit etwas über soziale und geographische Verflechtungen, Konstanten und Prägungen, Auf- und Abstiege, Möglichkeiten und Grenzen in der eigenen Verwandtschaft und damit letztlich auch etwas über sich selbst zu erfahren. Weiterreichende historiographische Absichten etwa in dem Sinne, die Geschichte der eigenen Herkunftsfamilie im Rahmen von allgemeineren Mobilitätsprozessen zu begreifen, in die jeweilige Zeit einzuordnen sowie individuelle Schicksale gegenüber gesellschaftlichen Prozessen abzugrenzen bzw. sie dadurch zu erklären, werden selten verfolgt, erfordern sie doch eine weit über eine statistische Datenlage hinausgehende Quellenbasis, historisches Wissen und aufwändigen Einsatz.

Die historische Relevanz des individuellen genealogischen Interesses liegt zunächst darin, dass die Familiengeschichtsforscher eine gewisse numerische Relevanz haben und sich gerne mit Gleichgesinnten in Vereinen zusammenschließen. Sie haben zeitbedingte Konjunkturo-

ren, erfahren zum Teil politische Förderung und Instrumentalisierungen und rufen auch ein kommerzielles Umfeld hervor. Darüber hinaus können diese Forschungen nützliche Voraussetzungen für umfassende historische Einzel- und Kollektivbiographien und Familiengeschichten sein, sofern sie nicht direkt historisch bedeutungsvolle Personen und Familien behandeln.

Niklas Regenbrecht, der seine Dissertation über die Westfälische Gesellschaft für Genealogie und Familienforschung im 20. Jahrhundert in der begrenzten Zeit als Volontär der Volkskundlichen Kommission in Münster geschrieben hat, will damit einen Beitrag zur Vereinsgeschichte und zur Familienforschung leisten. Nach der Skizzierung der bescheidenen Historiographie zur genealogischen Forschung jenseits der Arbeiten und Selbstdarstellungen ihrer Protagonisten sowie der spartanischen Quellsituation zur entsprechenden Vereinsforschung geht er zunächst näher auf die Fragestellungen und Zielsetzungen ein, unter denen das Vereinswesen untersucht sowie die ältere und die jüngere Familienforschung betrieben worden ist. Er weist unter anderem darauf hin, dass die Rekonstruktion des Familien- und Verwandtschaftsverhältnisses zunehmend als ein Auswahl- und Konstruktionsprozess durch den Genealogen selbst begriffen werde. Regenbrecht selbst will für seine Vereinsstudie vor allem die Beziehungen zwischen den Familienforschern sowie der Archiv- und Wissenschaftsszene, ihr Verhältnis zu den staatlichen Interessen sowie dem Provinzial- bzw. Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), schließlich auch die Konsequenzen der Digitalisierung für die Genealogie untersuchen. In einem weiteren Sinn interessiert ihn, inwieweit die Familiengeschichtsforschung als eine populäre Form und Demokratisierung von Geschichtsschreibung angesehen werden kann.

Nach einer Skizze der generellen genealogischen Aktivitäten vor allem im 19. Jahrhundert gliedert Regenbrecht die Geschichte der Westfälischen Gesellschaft für Familienkunde und ihrer Nachfolger in mehrere Phasen. Ihre Gründung im Jahre 1920 in Münster erwuchs offenbar aus dem Wunsch interessierter Kreise, ihren genealogischen Interessen nicht im Rahmen einer Kölner oder Hamburger Vereinigung und auch nicht innerhalb des in Westfalen dominierenden „Altertumsvereins“, sondern in einem eigenständigen Verein nachzugehen. Besonderes Engagement zeigte der einschlägig erfahrene Geschichtsstudent Friedrich von Klocke. Die mehr als einhundert Mitglieder der neuen Gesellschaft kamen vor allem aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum sowie dem Adel. Die Vereinsaktivitäten ähnelten denen des Altertumsvereins: Herausgabe einer Zeitschrift, Organisation von Vorträgen und Fahrten. Regenbrecht weist darauf hin, dass sich von Klocke, inzwischen Archivar, nicht damit begnügen wollte, Stammtafeln aufzustellen, sondern die genealogische Forschung für eine Familien-, Geschlechter- und Gesellschaftsforschung fruchtbar zu machen suchte. Er fand damit jedoch keine Resonanz, weil sich das Interesse der meisten Mitglieder eher auf die Rezeption von historischen Vorträgen und die Geselligkeit, weniger auf die genealogische Eigenforschung richtete. Nach wenigen Jahren ließ das Interesse der Mitglieder nach, so dass der Vorsitzende, der münsterische Museumsdirektor Max Geisberg, die Gesellschaft im Jahre 1927 auflöste. Ein Teil der Mitglieder schloss sich daraufhin der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde in Köln an.

Die zweite Phase des genealogischen Vereinswesens in Westfalen setzt Regenbrecht wenige Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten an. Die Familiengeschichtsforschung habe im Dritten Reich einen politisch bedingten Aufschwung erfahren, weil sie jetzt in den Rahmen der Rassenforschung gestellt worden und für das soziale Leben in vielen Fällen ein Abstammungsnachweis erforderlich gewesen sei. In mehreren Museen seien – teils über die Vereinigung Westfälischer Museen des Provinzialverbandes Westfalen vermittelt,

teils von der NSDAP organisiert – Ausstellungen zur Genealogie abgehalten, ja auch eigene Räume zur Familienforschung eingerichtet worden. Im Jahr 1936 sei schließlich auf Anregung eines Heimatfreundes und Familienforschers sowie nach ausgiebigen Abstimmungen zwischen den alten Vereinsprotagonisten, Vertretern des Provinzialverbandes Westfalen und der NSDAP die Gründung eines „Westfälischen Bundes für Familienforschung“ in Soest erfolgt. Dessen Führung ging rasch an Behördenvertreter über: Der Oberpräsident von Westfalen übernahm den Vereinsvorsitz, der Stadtarchivar von Münster die Geschäftsführung, der Provinzialverband Westfalen das Gros der Finanzierung, so dass der Verein auch eine Zeitschrift herausgeben konnte. Die Resonanz des Vereins beruhte unter anderem auf dem Verlangen des NS-Staates nach dem Ariernachweis bzw. darauf, dass Privatleute seit 1933 ohne einen Sippenforscherausweis, den wiederum genealogische Vereine ausstellen konnten, keine Einsicht in genealogische Quellen, seit 1936 insbesondere nicht in Kirchenbücher erhielten. Regenbrecht geht in diesem Zusammenhang näher auf die Vielzahl der staatlichen und parteipolitischen Stellen ein, die Ariernachweise forderten, ihre Erstellung kontrollieren oder Familienforschung betreiben wollten. Dadurch habe die Familienforschung einen beträchtlichen Aufschwung genommen, sei geradezu zu einer nationalen Pflicht geworden.

Nach 1945 verschwand die obrigkeitliche Führung, und der Bund geriet wieder in die Hände von Historikern und Laienforschern. Sie betonten nicht mehr den Beitrag der Genealogie zur Rassenforschung, sondern zur Stammes- und Heimatforschung. De facto führten sie das individualistische Stammtafelgeschäft und das gesellige Vereinsleben fort und erschlossen sich dadurch ein neues Arbeitsfeld, das sie sich den Heimatvertriebenen zuwandten, die sich für ihre Herkunft interessierten. Zudem begannen sie familienkundliche Tagungen mit einem wissenschaftlichen, geselligen und touristischen Programm im westfälischen Raum abzuhalten. Versuche, die Pädagogischen Hochschulen für die Genealogie als Lehrfach zu interessieren, scheiterten. Seit Ende der 1950er Jahre, die Regenbrecht als Beginn einer dritten Phase der Vereinsgeschichte markiert, übernahm eine neue, von Archivaren des Westfälischen Archivamtes des LWL und des Staatsarchivs in Münster gestellte Generation das Ruder. Sie verstand den Verein als eine Dienstleistungsorganisation, publizierte, beriet und übernahm insbesondere die Beantwortung der seit den 1970er Jahren wachsenden familienhistorischen Anfragen aus den Niederlanden und den USA.

Die vierte Phase der Vereinsarbeit datiert Regenbrecht in die 1980er Jahre, als erste Genealogen versuchten, mit Hilfe des Computers genealogische Daten zusammenzuführen und auszuwerten. In den 1990er Jahren wurden entsprechende Programme entwickelt und in der Gesellschaft diskutiert, zudem eine Mailingliste eingeführt, in der z.B. Suchanfragen veröffentlicht wurden. Das Internet ermöglichte es dann seit Beginn des neuen Jahrtausends, unter anderem Quellen zur Genealogie in Westfalen und Zeitschriftenbände der Gesellschaft einzustellen. Damit führte die Digitalisierung zu einer beträchtlichen Erleichterung der genealogischen Arbeit. Zudem differenzierte die Gesellschaft ihr Vereinsleben aus und hielt seit dem Jahr 2005 alle zwei Jahre Genealogentage ab, die mit mehr als eintausend Besuchern hohes Interesse fanden. Auch die Zahl der Mitglieder stieg von 400 bis 500 in den 1950er und 1960er Jahren auf etwa 700 zur Jahrtausendwende. Sie stammten nach wie vor zumeist aus den Kreisen des älteren Bildungsbürgertums.

Regenbrecht gibt erstmals einen fundierten Überblick über die hundertjährige Geschichte der westfälischen Genealogengesellschaft. Anfangs eher geselligkeits- und bildungsorientiert, erlebte sie im Dritten Reich aufgrund der politischen Rahmenbedingungen und dank öffentlicher Förderung einen Aufschwung, wurde in der Bundesrepublik aufgrund des Engagements von Archivaren wissenschaftlicher und profitierte schließlich von der Digitalisierung,

die die eigene Forschungstätigkeit erleichterte und die Ausdehnung des Mitgliederkreises erleichterte. Während das Engagement der Behörden in der Weimarer Republik fehlte, wandte sich die provinzielle Selbstverwaltung im Dritten Reich aus einer gewissen kulturpolitischen Verpflichtung gegenüber der bürgerlichen Kultur der personellen und finanziellen Unterstützung des Vereins zu und behielt sie in der Bundesrepublik bei. Für die zeitgenössischen Führungspersonen des Vereins wird aus den Befragungen Regenbrechts deutlich, dass die individuelle und behördlich geförderte Dienstleistungsmotivation dominiert, ohne dass eine tatsächliche Lenkung und Konzentration der individuellen Forschungen auf allgemeinhistorische Fragen erfolgt. Dagegen kommt das Eingehen auf die Motive und Zielsetzungen der Vereinsmitglieder etwas zu kurz. Diejenigen, die für ihren Lebensweg vielleicht am ehesten hätten profitieren können, die Jugendlichen, fehlten. Stattdessen dominierte offenbar durchweg eine ältere bildungsbürgerlich geprägte Generation mit einer teils antiquarischen Neugier, teils einer mehr oder weniger anspruchsvollen Form der Freizeitbeschäftigung. Sie beschäftigte sich zwar formal mit Geschichte und stellte durch ihre Forschungsarbeit in der Tat ihren Gegenstand, die Familie bzw. verwandtschaftliche Zusammenhänge her. Um von einer Demokratisierung der Geschichtsschreibung zu sprechen, wäre jedoch eine Zielsetzung erforderlich gewesen, die über individuelle Interessen hinausging. Diese scheint aber weitgehend gefehlt zu haben. Insofern blieb das Interesse der meisten Familienforscher wohl primär eine Hobbyforschung mit Geselligkeitsaspekten, für die Archivare primär eine antiquarische Arbeit, die ihnen ein Feld der Wirkung und Anerkennung ihrer beruflichen Kenntnisse und Arbeit eröffnete. Insgesamt dürfte Regenbrecht mit dieser Arbeit das Gros dessen, was aus heutiger Perspektive an dieser Gesellschaft historisch relevant ist – Organisationsentwicklung, Vereinsleben und Arbeit –, erschöpfend dargestellt haben.

Münster

Karl Ditt

## STADT- UND ORTSGESCHICHTE

Heiko *Bewermeyer* (Hg.), *Warburg Stunde Null. Kriegsende am 31. März 1945*. Bonifatius, Paderborn 2019. 160 S., geb., € 24,90.

Im Kontext des 31. März 1945, der für die ehemalige Hansestadt Warburg, gern auch als „westfälisches Rothenburg“ bezeichnet, das Kriegsende mit sich brachte, mag der Buchtitel „Stunde Null“ auch in der Rückschau zustimmungsfähig sein, wenn damit Ängste, Chaos, Unsicherheit über das, was kommen sollte gemeint sind, zumal der Krieg zu diesem Zeitpunkt ja noch weiterlief, im Westen bis zum Ende des sogenannten Ruhrkessels, im Osten hatten sowjetische Truppen zu diesem Zeitpunkt Berlin noch nicht erreicht. Wenn jedoch mit der „Stunde Null“ ein völliger Kontinuitätsbruch gemeint wäre, dann würden die schnell wieder in Führungspositionen gelangenden NS-Funktionselemente z.B. in Justiz, Industrie, Verwaltung und selbst in der Politik ausgeblendet. Diese Kontinuitätslinie wurde in der bundesdeutschen Öffentlichkeit erst mit den erinnerungspolitischen Wenden seit den Auschwitz-Prozessen 1963, seit „1968“ und vor allem mit der Herausforderung einer Aufarbeitung